

Original Sozial

DIE LINKE.

Herausgeber:

DIE LINKE. Stadtverband Halle (Saale) · Blumenstraße 16, 06108 Halle (Saale)

Telefon: 0345/2025590 · Fax: 0345 / 2025584

info@dielinke-halle.de · www.dielinke-halle.de

V.i.S.d.P.: Swen Knöchel

ORIGINAL SOZIAL

für Halle

Kommunalwahlprogramm
2009

DIE LINKE.
Stadtverband Halle

Liebe Hallenserinnen und liebe Hallenser,

Halle ist eine liebenswerte und attraktive Stadt. Ihr Antlitz hat sich in den letzten 20 Jahren grundlegend verändert. Halle ist auf dem Wege von der Industrie- und Chemiearbeiterstadt zur Stadt der Dienstleistungsbranchen sowie der Wissenschaft und Kultur.

Halle hat einen Namen in Deutschland - durch Leistungen der Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, durch die Entwicklung moderner Zentren für Medien und innovative Technologien, durch Kunst und Kultur, die über die Region hinaus strahlen. Es ist aber auch eine Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit und vielen sozialen Problemen. Dass ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen im Alter bis 18 Jahre in Halle in Armut leben und auf Sozialleistungen angewiesen sind, macht das Ausmaß sozialer Probleme vor allem von Familien deutlich.

DIE LINKE will sich damit nicht abfinden – in grundsätzlicher, gesellschaftspolitischer Hinsicht nicht, nicht in der Kommune, nicht in Sachsen-Anhalt, nicht auf Bundesebene und nicht in Europa. Wir wollen unter den gegebenen, aber nicht unveränderbaren, kapitalistischen Verhältnissen dagegen angehen mit allen Möglichkeiten, die wir haben.

Für die Kommunalpolitik in der Stadt Halle müssen wir sehen: Seit der Wende ist die Bevölkerung unserer Stadt um ein Viertel geschrumpft. Ein anhaltendes Geburtendefizit und der Wegzug der jüngeren Generation führen gleichzeitig zu einem wachsenden Anteil älterer Menschen. Die Folgen dieser demografischen Entwicklung werden unter dem Schlagwort „Schrumpfende Stadt“ zusammengefasst. Wohnungsleerstand, Unterauslastung oder entstandener Überdimensionierung kommunaler Infrastruktur bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl derjenigen, auf die nach dem Solidarprinzip die Kosten verteilt werden, stehen die zunehmende Nachfrage nach seniorengerechtem Bauen, altersgerechten Wohnformen, Nachbarschaftshilfe, Pflegediensten, Ruhe- und Sicherheitsbedürfnissen, angepassten Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen und eine zunehmende Abhängigkeit vom ÖPNV gegenüber.

DIE LINKE ist sich bewusst, dass sich Veränderungen demografischer Trends nur über große Zeiträume hinweg erkennen lassen und deshalb Weichenstellungen mit langfristigen Wirkungen und nicht ein Denken und Agieren in Wahlperioden notwendig sind.

Und DIE LINKE verkennt nicht den Ernst der Lage in der Stadt Halle - insbesondere mit Blick auf die leeren Kassen und die hohe Verschuldung. Wir wollen Auswege aufzeigen und beschreiten und laden zum Mit-tun ein. Wir wollen unsere Ziele gemeinsam mit Gewerkschaften, den zahlreichen Interessenverbänden, Vereinen und Initiativen entwickeln, im Stadtrat zu Gehör bringen und um Mehrheiten für ihre Umsetzung werben. Wir wollen das mit den Mitteln der Stadt Mögliche in Angriff nehmen und von Land und Bund bessere Bedingungen für kommunale Politik hörbar einfordern. Dabei ist die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in Diskussionsprozessen und Entscheidungsfindungen unser ausdrückliches Ziel.

In einer Zeit zunehmender sozialer Kälte ist eine starke politische Kraft wie DIE LINKE notwendiger denn je. Wir, DIE LINKE, wollen Halle, wir wollen Deutschland und Europa sozial gerecht gestalten!

Deshalb kämpfen wir für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, für gute Existenz sichernde Arbeit sowie gute Rente, für Gesundheit und gleiche Bildungschancen, für Frieden, für eine gesicherte und die Umwelt erhaltende Energieversorgung; gegen Hartz IV, gegen Kriege, gegen Kinder- und Altersarmut. Dafür treten zu den Kommunalwahlen Mitglieder unserer Partei und Menschen, die mit ihr sympathisieren an, mit Ideenreichtum und Engagement, mit einem offenen Ohr für alle Sorgen und Nöte, aber auch für Vorschläge zur Veränderung, die sie aufnehmen, prüfen und, so möglich, für ihre Umsetzung streiten.

Dafür brauchen wir ihre Stimmen. Am besten alle drei!

**Bitte wählen Sie am 7. Juni 2009 DIE LINKE für eine starke
LINKE Fraktion im Stadtrat der Stadt Halle!**

Wählen Sie **original sozial!**

1. Für eine dynamische Stadt Halle

Die bisherige städtische Ansiedlungspolitik ist fehlgeschlagen.

Halle braucht noch eine andere Entwicklung, hin zu einem verstärkten Ausbau innovativer Bildungs-, Forschungs- und Produktionspotenziale. Halles Zukunft liegt deshalb nicht nur im Dienstleistungssektor, sondern in qualifizierten, wissensintensiven Arbeitsplätzen, in kleinteiligen, vernetzten und hoch anpassungsfähigen Unternehmen. Kinder, Jugendliche und Familien erhalten daraus Arbeits- und Lebensperspektiven in der Stadt. An ihren Interessen richtet sich unsere Politik aus, damit alle eine Chance haben.

1.1. Halle - braucht jeden Existenz sichernden Arbeitsplatz!

Die Wirtschaftskraft Halles ist die Basis kommunaler Handlungsfähigkeit und damit entscheidend für die Gestaltung der Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger. Von ihr hängen sowohl die Finanzausstattung der Stadt als auch die Beschäftigungschancen und die Einkommenssituation ihrer Einwohner maßgeblich ab. In den vergangenen Jahren wurden zwar geringfügige Fortschritte am Arbeitsmarkt erreicht, jedoch wurden diese vor allem durch ein Wachstum im Niedriglohnbereich erkauft. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen sinkt und immer mehr Menschen sind so abhängig von sozialen Transferleistungen. Die Diskrepanz zwischen Arm und Reich wächst auch in unserer Stadt.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◄ Orientierung der industriellen Ansiedlungspolitik an umweltschonenden und zukunftsfähigen Technologien
- ◄ fortschreitende Entwicklung des Technologie- und Gründerzentrums
- ◄ Schaffung eines Multimediazentrums II nach Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Entwicklungsvorsprung über einen längeren Zeitraum von Medienzentrum I
- ◄ transparente Ausschreibungs- und Vergabepolitik im Interesse der regionalen Wirtschaft, ausgerichtet an sozialen und ökologischen sowie langfristig nachhaltigen Kriterien
- ◄ Stärkung der öffentlichen Unternehmen wie Stadtwerke und HAVAG als größte Arbeitgeber in der Stadt Halle und strikte Ablehnung ihrer „echten“ Privatisierung und ihres Verkaufes
- ◄ Hände weg von den beiden kommunalen Wohnungsunternehmen GWG und HWG; kein Ausverkauf kommunaler Wohnungen zu Lasten der Mieter und zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle
- ◄ Erhalt der kommunalen Trägerschaft und Stärkung der Saalesparkasse als wichtige, zuverlässige Partnerin für klein- und mittelständische Unternehmen
- ◄ Absicherung der Betreuung von Investoren aus einer Hand durch die Stadtverwaltung und die Abschaffung bürokratischer Verwaltungsabläufe
- ◄ Verhinderung der Abwanderung öffentlicher Institutionen aus Halle
- ◄ Einsatz für die Schaffung einer kommunalen Investitionspauschale
- ◄ Ermöglichung von nicht störenden Kleinbetrieben in Wohngebieten zur besseren räumlichen Verbindung von Wohnen und Arbeiten

1.2. Halle – eine Stadt der Wissenschaften und Studierenden

Die Martin-Luther-Universität, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein und die Hochschule für evangelische Kirchenmusik machen Halle zum größten Hochschulstandort des Landes Sachsen-Anhalt. Die deutschlandweite und internationale Ausstrahlung der Hochschulen sind ebenso von unschätzbarem Wert für die Stadt und die Region, wie ihre Attraktivität für junge Menschen und ihr Innovationspotential.

DIE LINKE setzt sich für eine aktive Werbung der Stadt Halle - gemeinsam mit den Wissenschaftseinrichtungen - um Studierende ein. Studierenden soll ein attraktives Umfeld geboten werden - während ihrer Studienzeit und danach.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◀ stärkere Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensansiedlungen im wissenschaftsnahen Bereich durch die Stadt
- ◀ besonderes Augenmerk auf die sich entwickelnde Kreativwirtschaft und die Entwicklung des Technologieparks am Weinbergweg zu richten
- ◀ größtmögliche Unterstützung der Leopoldina für die Aufgabe der Nationalen Wissenschaftsakademie am Standort Halle durch die Stadt
- ◀ Entwicklung und Ansiedlung außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen und die Vernetzung der Wissenschaftseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft stärker zu unterstützen
- ◀ in Abstimmung mit dem Studentenwerk sorgt die Stadt vor allem über ihre Wohnungsgesellschaften für bezahlbaren Wohnraum für Studierende
- ◀ Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer und statt dessen ein umfangreiches Willkommenspaket für Studierende, die ihren Hauptwohnsitz hier anmelden
- ◀ Unterstützung studentischer Initiativen in der Kultur, im sozialen Bereich und im Sport
- ◀ günstige Eintrittspreise zu den Kultureinrichtungen sowie die kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek
- ◀ Einsatz für ein attraktives Semesterticket, das die Region Halle-Leipzig mit einbezieht
- ◀ Anpassung der Kinderbetreuung an den Alltag junger AkademikerInnen
- ◀ Unterstützung der Forderung ‚kein Personalabbau an der Universität‘
- ◀ Stadt und Universität entwickeln gemeinsame Positionen zu Standortfragen

1.3. Halle – eine Stadt mit bester Bildung

Bildung ist ein Schlüssel zur freien Entfaltung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen, aber auch für ihre Chancen und ihr Engagement im Leben und im Beruf. Gebildete junge Menschen sind die beste Voraussetzung für Entwicklung und Innovation in unserer Region.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen optimale Bedingungen für erfolgreiches Lernen in gut ausgestatteten Schulen erhalten und jeder angestrebte Abschluss an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erlangt werden kann.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◀ Entwicklung und Umsetzung eines ausgewogenen Bildungskonzepts für die Stadt Halle von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung
- ◀ Gestaltung eines ausgewogenen Schulnetzes, gerade unter den Bedingungen stagnierender Schülerzahlen
- ◀ „kurze Wege für kurze Beine“ durch wohnortnahe Grundschulen
- ◀ sichere Schulwege und das Verhindern einer Entschulung der Außenbezirke

- ◀ Aufbau einer Gesamtschule im Süden unserer Stadt - dafür wirbt DIE LINKE bei Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen mit einem Konzept
- ◀ Unterstützung und Förderung aller Aktivitäten, das gemeinsame Lernen über die Klassenstufe 4 hinaus in einer Gemeinschaftsschule für alle Kinder zu ermöglichen und die frühzeitige Aufteilung von Kindern in verschiedene Bildungsgänge zu beenden
- ◀ bessere Sachausstattung der Förderzentren und die schrittweise Durchsetzung der Barrierefreiheit in den Schulgebäuden
- ◀ Förderung und aktive Beförderung deutlicher Fortschritte auf dem Weg zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Lernbedarf, vom gemeinsamen Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischen Förderbedarf hin zu einer inklusiven Schule
- ◀ Schule als Lern- und Lebensort: Enge Zusammenarbeit von Schule und Hort, stärkere Verzahnung von Schule und Einrichtungen der Jugendhilfe sowie kontinuierliche Schulsozialarbeit
- ◀ Schülerticket für alle Kinder - von der ersten Klasse bis in die Sekundarstufe II
- ◀ Nutzung der an den Berufsschulen vorhandenen Ressourcen für berufliche Bildung auch für die Profilierung polytechnischer Bildung in den allgemeinbildenden Schulen
- ◀ Zusammenarbeit mit dem Saalekreis in der Schulentwicklungsplanung zur optimalen Nutzung von Schulstandorten der allgemeinbildenden Schulen, besonders aber um eine sinnvolle regionenbezogene Profilierung der berufsbildenden Schulen abzustimmen
- ◀ Abstimmung der Volkshochschule mit der Volkshochschule des Saalekreises auf dem Gebiet der Stadt bei Kursangebot und Gebührensatzung
- ◀ Nutzung aller Mittel aus Bundes- und Europaprogrammen, um so viele Schulen wie möglich mit öffentlichen Mitteln zu sanieren und zu modernisieren
- ◀ Unterstützung der Schulen, die an dem Projekt „Musisch-ästhetische Bildung“ teilnehmen
- ◀ Wahrnehmung der besonderen Verpflichtung aller kommunalen Unternehmen und der Stadtverwaltung, junge Menschen auszubilden

2. Für eine zukunftsfähige Stadt

DIE LINKE steht für eine zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik, welche die Rahmenbedingungen schafft, dass die Menschen gern in Halle wohnen, lernen, arbeiten, bummeln und einkaufen oder ihre Freizeit verbringen.

2.1. Halle – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche

Die Stadt Halle hat sich das strategische Ziel gestellt, eine kinder- und familienfreundliche Stadt zu sein. Für uns hat dabei die Schaffung von Bedingungen der Chancengleichheit für alle Kinder oberste Priorität. Dazu gehören Fragen eines ausgewogenen und qualitätvollen Bildungsangebotes von den Kindertagesstätten über Grund-, Sekundarschulen und Gymnasien bis zu Angeboten der Berufsausbildung und der Hochschulentwicklung ebenso wie die Sicherung von Jugendfreizeitangeboten und, wo nötig, einer qualifizierten sozialen Betreuung und Beratung.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◄ die Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsstrategien, um der bestehenden und drohenden Kinderarmut entgegenzutreten
- ◄ Umsetzung des Rechtsanspruches eines jeden Kindes auf einen Ganztagsplatz in Krippe und Kindergarten unabhängig davon, ob seine Eltern Arbeit haben oder nicht. Darum fordern wir vom Land eine entsprechende Gesetzesänderung und eine ausreichende finanzielle Untersetzung
- ◄ mittelfristig Gebührenfreiheit für einen Kitaplatz zu schaffen – bei Beteiligung durch Bund und Land an der Finanzierung
- ◄ Zuschüsse für Mahlzeiten (im Rahmen der Leistungen des Halles-Passes) in den Kindertageseinrichtungen der Stadt bei zu behalten
- ◄ die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren
- ◄ Jugendsozialarbeit muss für alle Schulen und Schüler zum festen Bestandteil des Angebotes der schulischen Betreuung werden
- ◄ die strikte Berücksichtigung der Kinder- und Familienfreundlichkeit bei allen kommunalen Projekten und Planungsvorhaben
- ◄ Fortschreibung der Jugendhilfeplanung im Kontext des demografischen Wandels als Instrument präventiver Jugendarbeit und deren bedarfsgerechte Finanzierung
- ◄ die Erhaltung aller derzeit bestehenden Jugendfreizeiteinrichtungen
- ◄ Unterstützung von Initiativen zu eigenverantwortlicher und mobiler Jugendarbeit
- ◄ die aktive Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates der Stadt in Entscheidungen zur Jugendarbeit
- ◄ eine interkulturell ausgerichtete Jugendarbeit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
- ◄ die Weiterführung des Fan- Projektes des HFC als Jugendsozialarbeit
- ◄ die Bereitstellung von Lehrstellen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Betrieben
- ◄ die Entwicklung geeigneter Projekte mit der ARGE und der Agentur für Arbeit, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen

2.2. Halle - Stadtumbau sozial begleiten

Die eigentliche Herausforderung des Stadtumbaus ist die Bewältigung der damit im Zusammenhang stehenden sozialen Folgen. Unter anderem durch die Wirkung der Hartz-IV-Gesetzgebung hat sich die Situation vieler Menschen verschlechtert. Belastungen sind für fast alle Bevölkerungsteile – nicht nur für Hartz IV-Empfänger – stetig größer geworden. Die Angst vor einem möglichen sozialen Abstieg erfasst inzwischen auch die Mittelschicht und die so genannten „Besserverdienenden“. Circa ein Drittel aller Kinder lebt in Armut oder ist von Armut bedroht. Und: Halle wird älter! Ältere Menschen haben heute höhere Ansprüche an ihre Lebensgestaltung, sie wollen am gesellschaftlichen Leben in allen Formen teilnehmen. Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus dem Bedarf an gesundheitlicher Betreuung und Altenpflege. Mehr als bisher müssen alle Partner – ob öffentlicher oder freier Träger – zusammenarbeiten und für einen solidarischen Ausgleich zwischen Bevölkerungsschichten und den Generationen wirken. DIE LINKE wird mit ihren Mitteln darum kämpfen, auch in finanziell schwierigen Zeiten in der Stadt etwas für in unterschiedlicher Weise benachteiligte und/oder hilfebedürftige Menschen zu erreichen.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◀ Erhaltung des Halle-Passes und eine schrittweise Erweiterung der Leistungs-Angebote durch die Einführung eines Sozialtickets
- ◀ Erhalt der Einrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge, wie z.B. Begegnungsstätten, Betreuungsangebote und soziale Präventions- und Unterstützungsangebote in den 5 Sozialräumen (Stadtteilen) Halles
- ◀ Menschenwürde für Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, zu erhalten und sie nicht in der Bürokratie ersticken zu lassen
- ◀ Generationengerechtigkeit - das Konzept „Alt sein in Halle“ muss fortgeschrieben werden und auf aktuelle Probleme reagieren
- ◀ Unterstützung und Förderung solcher Betreuungsformen, die hilfebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen
- ◀ der Seniorenrat sollte unter anderem das Mitwirkungsrecht im Sozial-, Gesundheits-, Planungs- und Gleichstellungsausschuss des Stadtrates bekommen
- ◀ barrierefreie Stadt - das Konzept zur Integration und Gleichstellung behinderter Menschen muss fortgeschrieben und qualifiziert werden
- ◀ ortsnahe und ausreichende medizinische Grundsicherung, insbesondere des jugendmedizinischen Dienstes, für alle Bürgerinnen und Bürger in den 5 Sozialräumen der Stadt
- ◀ Förderung des Projektes „Gesunde Stadt“ als Bürgerprojekt
- ◀ kritische Begleitung der Arbeit der ARGE
- ◀ Öffentlich geförderte Beschäftigung und qualifizierte existenzsichernde Tätigkeit für Langzeitarbeitslose mit Beschäftigungsperspektiven
- ◀ Stärkung der Kompetenzen der hauptamtlichen Gleichstellungs-, Behinderten- und Integrationsbeauftragten der Stadt
- ◀ Erhaltung des Frauenschutzhauses und des Frauennachttaxis
- ◀ Förderung von Projekten, welche die spezifischen Belange von Frauen unterstützen
- ◀ bevorzugte Förderung von Existenzgründungsinitiativen von Frauen

2.3. Halle – Chancen des Stadtumbaus voll nutzen

Der über das Jahr 2010 hinaus geförderte Stadtumbau wird zunehmend zu einem Markenzeichen der Stadtentwicklung. Er beeinflusst und durchdringt alle Lebensbereiche und muss an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden sowie zur umfassenden Verbesserung ihrer Lebensbedingungen führen.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◀ maximale Ausnutzung von Handlungsinitiativen und Förderprogrammen, wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost“
- ◀ Methode der Integrativen Stadtentwicklung auf alle übrigen nicht im Rahmen des Stadtumbaus geförderten Stadtteile ausweiten
- ◀ Entwicklung der Stadtteile durch Stärkung der vorhandenen Potentiale und zielgerichtete Beseitigung von Defiziten unter Einbeziehung der betroffenen Bürger
- ◀ durchgängige Beachtung der Erfordernisse von Barrierefreiheit, Kinder-, Familien- und Seniorenfreundlichkeit im öffentlichen Raum
- ◀ Erhalt der HWG und GWG als kommunale Wohnungsunternehmen mit dem Ziel der Sicherung ausreichend bezahlbaren Wohnraums für Jung und Alt in allen Sozialräumen (Stadtteilen)
- ◀ weitere Sanierung des Wohnungsbestandes unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer (energetischer) Gesichtspunkte
- ◀ Abschluss von Vereinbarungen zur Wohnquartiersgestaltung und deren strikte Umsetzung durch die beteiligten Wohnungs- bzw. Versorgungsunternehmen
- ◀ konstruktiv-kritische Begleitung des Vorhabens Geisteswissenschaftliches Zentrum der Universität am Standort Emil-Abderhalden-Straße
- ◀ Einforderung von Nachnutzungskonzepten für in großer Zahl frei gewordene und noch frei werdende öffentlicher Gebäude
- ◀ Drängen auf Vollendung der Entwicklung des Baugebietes „Spitze“ oder Schaffung einer tragfähigen Zwischenlösung nach 15 Jahren ‚Loch‘
- ◀ Planung der Verkehrsinfrastruktur der Bevölkerungsentwicklung an zu passen

2.4. Halle - Stadtumbau ökologisch gestalten

Die Umweltbedingungen haben sich in Halle kontinuierlich verbessert. Diese Entwicklung wird von den Hallenserinnen und Hallensern zunehmend wahrgenommen und gewürdigt. Verkehrslärm und Feinstaub sind mittlerweile für die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt und ihre Gäste zu den Hauptbelastungsfaktoren geworden. Der seit 1989 erfolgte Rückgang der Gesamtbevölkerung der Stadt Halle um ein Viertel sollte es erleichtern, haushalterisch und ökologisch mit der nicht vermehrbaren Ressource Stadtfläche umzugehen.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◀ den Wechsel von einer expansiven, wachstumsbasierten, ständig neue Freiflächen in Bauland verwandelnden Stadtentwicklungspolitik zu einem Flächenmanagement der Stadt in den heutigen Grenzen der bebauten Stadtfläche zu vollziehen. Als geeignete Instrumente dafür sehen wir:
 - Erarbeitung eines Brachflächenkatasters
 - Revitalisierung von gegenwärtig ungenutzten ehemaligen Gewerbeflächen
 - Fortschreibung der Stadtumbaukonzepte und Ergänzung um perspektivische Nachnutzungsflächen für individuellen Wohnungsbau
 - Verminderung des bestehenden Siedlungsdruckes auf die Randlagen der Dölauer Heide, die Saa-leaue oder die Reideniederung durch baurechtliche Absicherung

- ◀ Brachflächen als zeitweilige oder dauerhafte, der Sukzession unterliegende Biotope zu belassen
- ◀ das System der innerstädtischen Grünflächen durch Stadtumbauflächen zu ergänzen
- ◀ die Lebensbedingungen des Straßengrüns in der Stadt zu verbessern
- ◀ einer optimierten stofflichen Verwertung des Mülls aus Privathaushalten den Vorrang vor einfacher Verbrennung zu geben und ein entsprechendes Anreizsystem für Schulen zu schaffen
- ◀ Rückbau versiegelter Flächen
- ◀ Erhalt der Kleingartenanlagen für die nächsten Generationen

2.5. Halle – energisch Energie sparen

Die drohenden Klimaveränderungen lassen kommunalpolitisches Handeln immer dringlicher erscheinen, denn städtische Ballungsräume haben einen wesentlichen Anteil an der Entstehung der klimawirksamen Treibhausgase. Für DIE LINKE hat dabei der Klimaschutz nach wie vor Priorität gegenüber der Anpassung an einen Klimawandel. Eine dem Klimaschutz verpflichtete Kommune bedarf neben energiesparenden Stadtstrukturen auch einer sich energiebewusst verhaltenden Einwohnerschaft.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◀ Erhöhung der Aktivität der Stadt Halle im Klimabündnis europäischer Städte
- ◀ Energiesparoffensive in allen kommunalen und sonstigen öffentlichen Gebäuden sowie im öffentlichen Raum als Beitrag zum Klimaschutz und zur Haushaltskonsolidierung insbesondere durch Gebäudesanierung und ein straffes Energiemanagement – die Stadtverwaltung muss dabei eine Vorbildrolle übernehmen
- ◀ Ausweitung und Verstetigung der Initiative „Klimaschutz macht Schule“
- ◀ Erhaltung der Kraft-Wärme-Kopplung bei der Energieerzeugung
- ◀ Erhalt der Fernwärmenutzung
- ◀ Erarbeitung eines städtischen Konzeptes zur Förderung der Nutzung von Solarenergie im Stadtgebiet
- ◀ Energetische Nutzung des in der Dölauer Heide und Parkanlagen anfallenden Holzes in geeigneten städtischen Objekten

2.6. Halle – Stadt mit einer neuen Kultur der Mobilität

Veränderte politische Rahmenbedingung, ein leeres Stadtsäckel, eine schrumpfende Einwohnerzahl, sich wandelnde Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung sowie die Anforderungen des Klimaschutzes erfordern ein intensives Nachdenken über die Organisation und die Gestaltung der städtischen Verkehre in den nächsten 15 bis 20 Jahren.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◀ Initiierung einer breiten öffentlichen Diskussion für die Erarbeitung eines neuen verkehrspolitischen Leitbildes der Stadt mit folgenden Schwerpunkten
 - Hin zu einem umweltverträglicheren Verkehr
 - Hin zu einem flüssigen Verkehr
 - Hin zu einem intelligenteren Verkehr
 - Hin zu einem für jedermann zugänglichen Verkehr
 - Hin zu einem sicheren Verkehr
 - Hin zu mehr Lebensqualität
- ◀ Sicherung eines kommunalen Nahverkehrs unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen und Beachtung europäischer Rahmenbedingungen
- ◀ neues Radwegesanierungsprogramm

- ◀ Umstrukturierung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes zu einem reinen Aufgabenträgerverbund, in welchem die Interessen der Menschen stärker berücksichtigt werden, als die Interessen der Verkehrsbetriebe
- ◀ Veränderungen im Bereich der Hochstraße bedürfen einer grundsätzlichen breiten Diskussion in der Bevölkerung der Stadt Halle und sind untrennbar mit einer städtebaulich und verkehrsorganisatorisch verträglichen Lösung verbunden
- ◀ Verzicht auf den 3. Saaleübergang
- ◀ die im Bereich der Berliner Brücke geplante Zugbildungsanlage der DB AG hat den berechtigten Interessen der Bevölkerung auf Lärmschutz entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung zu tragen

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens Leipzig-Halle wird maßgeblich von der Akzeptanz in der Bevölkerung getragen. Eine zunehmende Verlärmung der Stadtteile im Osten, Nordosten und Süden Halles ist für DIE LINKE inakzeptabel. DIE LINKE fordert die Geschäftsführung des Flughafens und die Deutsche Flugsicherung auf, die Vorschläge ortsansässiger Initiativen zur Minderung des Fluglärms unverzüglich um zu setzen. Die militärische Nutzung des Flughafens Halle-Leipzig lehnen wir ab.

3. Für eine Stadt mit bester Lebensqualität

Die Lebensqualität wird wesentlich von der Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt und den Möglichkeiten der Teilhabe einer und eines jeden Einzelnen bestimmt. Die Attraktivität unserer Stadt wird sowohl vom Spektrum öffentlicher und privater Angebote für den eher passiven Genuss von Kunst und Kultur bestimmt, wie von den Möglichkeiten zur aktiven Betätigung in Vereinen und Verbänden oder von der Schul- und Bildungslandschaft. Veranstaltungen und Stadtteilstefeste gehören ebenso dazu wie ein Sportverein, dem man die Daumen drückt.

3.1. Halle - Kulturhauptstadt Sachsen-Anhalts

Lebendige Demokratie braucht den freien Zugang aller zur Kultur – und das von Anfang an. Kulturelle Einrichtungen und Initiativen sind mehr als nur „Kulturanbieter“. Sie sind Lernort für Demokratie und interkulturellen Dialog, für die Entfaltung von Kreativität und sozialer Kompetenz. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit werden Kultur und kulturelle Bildung immer wichtiger. Insbesondere die zahlreichen soziokulturellen Angebote für Kinder und Jugendliche tragen dazu bei, in schwierigen Lebenslagen Orientierung und sozialen Halt zu geben.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◀ Erhalt und stetige Weiterentwicklung des vielfältigen Angebotes an kulturellen Einrichtungen und Initiativen, wie soziokulturelle Angebote in den Stadtteilen und den Angeboten in den Theatern, Bibliotheken und Museen
- ◀ Erhalt bestehender Einrichtungen und vor allem Weiterentwicklung einer ausgewogenen Theaterlandschaft - ‚Kunst und Kultur leben nicht davon, dass sie als Anspruch konserviert werden‘
- ◀ JA zu einer gemeinsamen Theater, Oper und Orchester GmbH, zukünftig eingebunden in eine städtische Gesamtkulturkonzeption
- ◀ Erstellung eines kulturellen Leitbildes für die Stadt Halle
- ◀ verlässliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln für kulturelle Einrichtungen, wobei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mitteln für städtische Einrichtungen und Angebote der freien Kultur- und Kunstszene verstetigt werden soll
- ◀ Beibehaltung der Bibliotheken in unserer Stadt, einschließlich der Fahrbibliothek, als Zentren der Vermittlung von Informationskompetenz
- ◀ auch zukünftig die Händelfestspiele jährlich als einen Höhepunkt der Pflege des musikalischen Erbes unserer Stadt bei zu behalten
- ◀ kulturelle Kinder- und Jugendarbeit soll ein wesentlicher Bestandteil von Angeboten der Theater und Kultureinrichtungen werden
- ◀ Einrichtungen der kulturellen Bildung wie das Konservatorium sollen langfristig erhalten und ein bezahlbares Angebot für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten bleiben
- ◀ Beibehaltung und Ausbau der theaterpädagogischen Angebote
- ◀ Unterstützung der freien Kulturszene der Stadt, wie z.B. freie Theater, Schreibzirkel, Galerien und Kunstvereine
- ◀ zügiger Ausbau und konzeptionelle Verbesserung der Museen der Stadt Halle
- ◀ stärkere regionale Verknüpfung von kulturellen Angeboten und Ausbau der Kooperation im Kulturbereich mit der Stadt Leipzig
- ◀ Plädoyer für einen Finanzausgleich zwischen der Stadt Halle und den Umlandgemeinden bzw. Umlandkreisen bei der Finanzierung der für alle wichtigen kulturellen und künstlerischen Angebote

3.2. Halle - Stadt mit sportlichen Ambitionen

DIE LINKE versteht Sport und Sporttreiben als ein soziales Recht der Menschen, dessen Wahrnehmung der sinnvollen Freizeitgestaltung und dem persönlichen Wohlbefinden dient. Gerade auch beim Sport für Kinder und Jugendliche wird seine zunehmend soziale Funktion deutlich. Neben dem Breitensport prägen auch die zahlreichen Erfolge unserer Leistungssportler die Stadt, deren Namen damit in die Welt getragen wird. Sportlicher Erfolg ist positiv Image bildend für die Stadt. Neben den sozialen und Image bildenden Funktionen, tragen viele Vereine in ihrer Arbeit auch einer weiteren Funktion des Sports zunehmend Rechnung – Sport als präventive Gesundheitsvorsorge für alle Altersgruppen. Leider findet der Sport in unserer Stadt in vieler Hinsicht keine guten Bedingungen vor. Der große Investitions- bzw. Sanierungsbedarf vieler Sportanlagen und –hallen ist dafür beredter Ausdruck. Dies muss mittelfristig verändert werden.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◄ bedarfsgerechte Förderung der Sportvereine, die es allen Sportinteressierten – unabhängig vom Geldbeutel und Geschlecht– ermöglicht, Sport zu treiben
- ◄ moderate Eintrittspreisgestaltung in Frei- und Hallenbädern, auch nach einer eventuellen Privatisierung der Bäder
- ◄ Umbau des Kurt – Wabbel – Stadions zu einem leistungsgerechten Fußballstadion
- ◄ Bau mindestens einer Ballsporthalle, die den Ansprüchen der 1. und 2. Bundesliga in den Ballsportarten entspricht
- ◄ Sportentwicklungskonzept mit Sportartenförderkonzept, Sportstättenleitplanung und Sportstätten-sanierungsprogramm für die nächsten 10 Jahre
- ◄ keine weitere Schließung von Sporthallen

3.3. Halle – Bürgerkommune und eine sichere Stadt

Hallenserinnen und Hallenser müssen die Möglichkeit erhalten, das öffentliche Leben unserer Stadt mitzugestalten. Frühzeitig sind sie in kommunale Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Zur freien und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gehört das Empfinden, sich in Sicherheit zu bewegen. Das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nehmen wir deshalb sehr ernst. Effektive Sicherheitspolitik muss zuerst den Bereich der Prävention in den Blick nehmen und die Ursachen und Bedingungen von Kriminalität bekämpfen.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◄ Förderung des Bürgerengagements und Einbeziehung in Entscheidungsfindungen, wie zum Beispiel die schrittweise Einführung eines Bürgerhaushaltes
- ◄ Unterstützung des Anliegens, Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden, die Möglichkeit zu geben, Einwohneranträge zu stellen sowie Tagesordnungspunkte im Stadtrat zu verlangen
- ◄ Stärkung von Bürgerinitiativen und die Vereinfachung von Verwaltungswegen
- ◄ Einführung von Stadtteilräten
- ◄ Entwicklung stadtteilbezogener Sicherheitskonzepte
- ◄ Erhalt und Unterstützung aller Freiwilligen Feuerwehren und der Wasserrettungsdienste
- ◄ Beibehaltung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“
- ◄ Wiedereinführung des Polizeibeirates
- ◄ Unterstützung der Kontaktbereichsbeamten in ihrer bürgernahen Tätigkeit
- ◄ Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder
- ◄ Konfliktmanagement statt Bürgerwehren

3.4. Halle - gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Rechtsextreme Einstellungen ziehen sich durch alle gesellschaftlichen Schichten. Sie sind ebenso wie rechts-extreme Handlungen und Straftaten eine Bedrohung für die Demokratie. Wir alle müssen ihr gemeinsam auf allen politischen Ebenen - parlamentarisch wie außerparlamentarisch - begegnen. DIE LINKE setzt sich deshalb für das konstruktive Zusammenwirken aller Demokraten ein. Dazu gehört es auch, eine ungeschönte Wahrnehmung rechtsextremer Aktivitäten in Halle zu haben, die nicht aus Angst vor möglichen Imageschäden die Augen vor tatsächlich bestehenden Problemen verschließt. Nur dann kann Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpft werden, nur dann können Opfer von rechter Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung Solidarität erfahren.

DIE LINKE will ein gesellschaftliches Klima schaffen, welches nicht zulässt, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer Sexualität oder ihrer politischen Orientierung diskriminiert oder gar angegriffen werden.

Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengungen aller politischen Akteure in der Stadt und vor allem des Engagements der Bürgerinnen und Bürger.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◄ die kontinuierliche Förderung von Projekten, die der Interessenvertretung vor allem von MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen in alternativen Lebensformen dienen
- ◄ die Unterstützung der Initiativen und Netzwerke gegen Rechtsextremismus in der Stadt
- ◄ Sensibilisierung und interkulturelles Training für Mitarbeiter der städtischen Verwaltungseinrichtungen
- ◄ die stetige Arbeit an Konzepten gegen Gewalt und Ausgrenzung an Schulen und Vernetzung einzelner Projekte mit Unterstützung der Stadtverwaltung
- ◄ antirassistische Standards im Sport, insbesondere im Kinder- und Jugendsport und im Bereich der Fankultur
- ◄ die Förderung und Qualifizierung von Projekten zur historischen und politischen Bildung
- ◄ Förderung der Vereine und Verbände, die in der Beratung und Betreuung von MigrantInnen tätig sind
- ◄ Unterstützung der Arbeit des Ausländerbeirates und der Beauftragten für Migration
- ◄ Erhaltung und Pflege aller antifaschistischen Gedenkstätten in Halle und offensive Auseinandersetzung mit neofaschistischem Gedankengut und Geschichtsfälschungen
- ◄ Ablehnung der Gleichsetzung der Verbrechen des Faschismus mit Unrecht und Menschenrechtsverletzungen nach 1945

4. Für eine finanziell gesunde(nde) Stadt

Die finanziellen Spielräume für gestaltende Kommunalpolitik sind eng und werden in den kommenden Jahren kaum größer werden. Der Haushalt wird wie bei allen Kommunen überwiegend von den Finanzzuweisungen des Landes gespeist. Eigene Einnahmequellen mittels Steuern und Gebühren sind durch die wirtschaftliche Situation und die damit verbundene relativ hohe Arbeitslosigkeit nicht ausreichend und auf Dauer vorhanden.

DIE LINKE wird dies bei der Umsetzung ihrer Ziele zu beachten haben. Nur ein verantwortungsbewusster Umgang mit den finanziellen Mitteln führt zur Sicherung der Aufgaben der Daseinsvorsorge. Darum ist es besonders wichtig, dass in Fragen der Finanzierung von Projekten Prioritäten gesetzt werden. Wir setzen sie dort, wo es um soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabemöglichkeiten geht, wo es um die Entwicklung der wirtschaftlichen Anziehungskraft und um die Lebensqualität, um die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Stadt geht.

Wir müssen aber auch darüber nachdenken, wo mehr Geld für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, besonders auch der so genannten freiwilligen Leistungen, herkommen kann. DIE LINKE verschließt sich deshalb nicht der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Stadt Halle nicht kaputt gespart werden darf. Haushaltskonsolidierung darf nicht bei den notwendigen Leistungen für die Bürger beginnen. Und wenn schon Haushaltskonsolidierung, dann bitte nur unter dem Gesichtspunkt der Beibehaltung des Prinzips des sozialen Ausgleichs. In diesem Sinne sind wir auch bereit, uns gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unsozialen Haushaltszwängen entgegen zu stellen, wie zum Beispiel dem Komplettverkauf der kommunalen Wohnungsgesellschaften oder der Stadtwerke. Dennoch, bei aller gebotenen Haushaltsdisziplin, ohne grundlegende Veränderungen der Einnahmesituation des Haushaltes der Stadt Halle und der Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist eine solide Haushaltspolitik in keiner Kommune wie Halle mehr möglich.

Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine gesetzliche Veränderung der kommunalen Einnahmenbeschaffung ein, die an erster Stelle die Möglichkeiten der Erzielung von Einnahmen aus eigener Wirtschaftstätigkeit sowie aus Bundes- und Landeszuweisungen zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge vorsieht.

Wir wollen erreichen, dass Gebühren für Wasser und Abwasser auf eine sozial zumutbare Höchstgrenze begrenzt werden. Wir wollen eine kostenneutrale Müllentsorgung auf der Grundlage verbrauchsabhängiger Berechnungen. Die LINKE wird sich für sozialverträgliche Gebühren und Eintrittspreise für kommunale Einrichtungen einsetzen.

Bei der weiteren Übertragung von Aufgaben auf die kommunale Ebene ist gleichzeitig die Überlassung der notwendigen Finanzmittel strikt einzufordern.

Wir fordern vom Land einen ausreichenden Finanzausgleich für die Kommunen zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

5. Für eine kooperative und weltoffene Stadt

Europa denkt und entwickelt sich zunehmend in Regionen und die regionale Wirtschaftskraft ist eines der entscheidenden Kriterien für die Höhe der aus Brüssel fließenden Fördermittel. Die Region Halle-Leipzig-Sachsendreieck stellt eine in Deutschland wichtige Metropolregion dar. Dieser Metropolregion nicht angemessen sind jedoch die zersplitterten politischen Zuständigkeiten und suboptimalen Entscheidungsstrukturen. Die regionale Entwicklung muss auf Grund der wirtschaftlichen Lage aller Kreise und Kommunen eine zunehmende Rolle spielen. Es muss gelingen, die Ressourcen aller umliegenden Gemeinden und Kreise zu bündeln. Nur wenn durch konstruktive Zusammenarbeit die besten Standorte für Schulen, Industriensiedlungen, Sportstätten und Kultureinrichtungen gefunden werden, wird es möglich sein, die Bedürfnisse der Einwohner aller Kommunen der Region zu befriedigen statt Neid auf die Großstadt Halle zu erwecken.

Das heißt für DIE LINKE:

- ◀ Überwindung von Kirchturmpolitik und kleinkariertem kommunalpolitischem Denken
- ◀ Einbeziehung der gewählten Landes- und Kommunalpolitiker in die Entscheidungsabläufe
- ◀ Initiierung einer entscheidungsoffenen gesellschaftlichen Zukunftsdebatte über Rolle, Ziele und Aufgaben der Metropolregion
- ◀ Qualifizierung der Arbeit des Zweckverbandes zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung - durch Kooperation statt durch Konfrontation die Probleme des Stadt-Umland-Verhältnisses zu lösen
- ◀ Infrastrukturentwicklung mit dem Saalekreis ab zu stimmen und gemeinsam zu finanzieren
- ◀ perspektivische Zusammenführung der Saalesparkasse mit der Leipziger Sparkasse zu einem regionalen, mitteldeutschen Interessen berücksichtigenden Geldinstitut
- ◀ Förderung des Tourismus, Hotel- und Gaststättenwesens als Faktor für Wirtschaftsentwicklung, kulturelle Aktivitäten und Weltoffenheit

Halle gehört auch zu Europa!

DIE LINKE will, dass Bürgerinnen und Bürger in Europa zu Hause sind.

Wir wollen deshalb mit einer starken Vertretung im Europäischen Parlament sichern, dass die Interessen der Kommunen und Regionen bei der weiteren Ausgestaltung der Europäischen Union entsprechend Beachtung finden.

Darum ist es wichtig, am 07. Juni 2009 DIE LINKE mit einer starken Fraktion in den Stadtrat zu wählen und Ihre Stimme der Bundesliste der LINKEN für das Europäische Parlament zu geben.

DIE LINKE.

Original Sozial!

www.original-sozial.de